

Saale-Beitung.

Sechshundertvierzigster Jahrgang.

Werben die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnen in der Geschäftsstelle, Nr. Ulrichstraße 68, 1 sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retikeln die Seite 75 Pf. für Halle und außerhalb 1 Mt. ...

Die Halle ist täglich bei posthaltiger Postung 2,50 Mt., durch die Post 2,75 Mt., auswärts Postzusatzgebühren. ...

Nr. 122.

Halle a. S., Sonnabend, den 13. März.

1909.

Die Verteuerung des Fernsprechverkehrs.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einen von freimüthiger Seite eingebrachten Antrag einstimmig angenommen, in welchem gegen die neue Fernsprechgebührenordnung Einspruch erhoben und der Magistrat ersucht wird, im Interesse der Berliner Verwaltung wie des gewerblichen Geschäftsverkehrs gegen die geplante Erhöhung der Gebühren Front zu machen. ...

Wie soll sich nun künftig diese Belastung stellen? Bei Ausführung von 50 Gesprächen wären in einer Mittelstadt jährlich unter Zugrundelegung von 313 Werktagen zu zahlen: 15 650 Verbindungen zu je 4 Pf.—626 Mark und eine Grundgebühr von 65 Mt., also zusammen 691 Mark. ...

Nun gibt es aber auch in solchen Orten Unternehmungen mit lebhaftem Verkehr, die darum gut 100 Gespräche täglich führen müssen. Bisher wurde bei Unterhaltung eines Haupt- und eines Nebenanschlusses die Pauschalgebühr von 200 Mark gezahlt; künftig wären zu entrichten: Grundgebühr für zwei Anschlüsse: 130 Mt., 31 300 Gespräche zu je 4 Pf.—1252 Mt., zusammen 1382 Mt., also fast das Siebenfache der bisherigen Vergütung an die Reichspost!

Angesichts solcher Zahlen wird man nicht von einer „mäßigen Verteuerung“ des Fernsprechwesens reden können. In einem Zeitpunkt aber, wo die Notwendigkeit der Reichsfinanzreform von weiten Erwerbskreisen die Aufmerksamkeit neuer nicht unbeträchtlicher Opfer dringend erheischt, sollte von einer wesentlichen Verteuerung wichtiger Betriebsmittel, wie der Fernsprecher es ist, Abstand genommen werden.

ie u. a. sagt: „Wenn einer Steuer auf Elektrizität und Gas eine gewisse Einseitigkeit vorgemerken wird, weil sie andere Energieträger und Generatoren, wie Kohle und Dampf, Wasser und Wind freilasse, so ist zu erwidern, daß es in der allgemeinen Kohlensteuer eine gewisse Einseitigkeit in politischer Bedeutung entgegensteht, während der Gebante, diese Steuer auf die zu gewerblichen Zwecken dienende Kohle zu beschränken, an herzerweichenden Schwierigkeiten scheitert. ...

Die gegen die Einführung einer Kohlensteuer von Reichsbehörden im Herbst des Vorjahres geltend gemachten sozialpolitischen Bedenken sind in der inzwischen verflochtenen kurzen Spanne Zeit nicht abgemildert worden. Wenn das Reichsamt sich heute der Einführung einer Kohlensteuer oder eines Kohlenausfuhrzolles entgegenkommen zeigen würde, so wäre dies nicht erklärbar. ...

Deutsches Reich.

Bülow und Sydow.

Berlin, 13. März. (Privat-Telegramm.) In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß infolge Differenzen zwischen dem Reichsanzler Fürsten Bülow und dem Staatssekretär Sydow der Austritt des letzteren in absehbarer Zeit bevorsteht. Es wird behauptet, daß der Reichsanzler mit der politischen Behandlung der Steuerreform durch den Staatssekretär Sydow nicht zufrieden gewesen sei und daß lediglich mit Rücksicht auf die Minister der süddeutschen Bundesstaaten die Krise vertagt worden wäre. ...

Eine gewisse Befähigung der vorstehenden Meldung liegt auch in einer Berliner Depesche der „Frankfurter Zeitung“, deren Vertreter sehr oft das Palais des Kanzlers besucht. Das Telegramm lautet:

Frankfurt a. M., 13. März. Zur Sanzlerkrise wird der „Ffr. Ztg.“ aus Berlin gemeldet, man weiß nicht, ob die lange Unterredung des Kaisers mit dem Reichsanzler Bülow der Reichsfinanzreform gegolten hat, aber daß in ihr Ueber-

Die Gründe des Reichsfinanzamtes gegen die Einführung einer Kohlensteuer.

(Von unserm Berliner Mitarbeiter.)

+ Berlin, 13. März.

Im Reichsfinanzamt wird entschieden bestritten, daß die Regierung mit der Ausarbeitung neuer Steuerentwürfe beschäftigt ist. Weder eine Kohlensteuer, noch irgend eine andere neue Steueranlage ist nach Erörterung von möglicher Seite projektiert. Es fehlt der Regierung jede Veranlassung, eine neue Steueranlage auszuarbeiten, solange der Reichstag zu dem vorgelegten Steuerentwurf nicht endgültig Stellung genommen hat oder den Wunsch ausspricht, daß die Regierung eine bestimmte neue Steueranlage dem Reichstag unterbreiten möge. ...

Gegenüber den Wünschen nach einer Kohlensteuer oder einer Erhöhung des Kohlenausfuhrzolles verhält sich das Reichsamt prinzipiell ablehnend. Dies kommt auch in der Begründung zum Entwurf eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes, der gegenwärtig dem Reichstag vorliegt, zum Ausdruck, wo die Regierung ausdrücklich gegen eine allgemeine Kohlensteuer Stellung nimmt, wenn

Menge wertvolle Gegenstände erbeutet, und drei Personen, die ihnen auf ihren Streifzügen hindernd in den Weg traten, fanden den Tod. Nur durch ihre eigene Uneinigkeit fielen sie der Gendarmrie in die Hände, die ihrem Treiben nach kurzer Dauer ein Ende bereite.

Wichtige Fälle lassen sich noch Hunderte aufzählen. Angesichts solcher betrieblicher Katastrophen ist ein Gebot der Notwendigkeit, gegen die Verletzung unseres Volkes durch die Schundliteratur mit allen zu Gebote stehenden Mitteln anzukämpfen. Eltern und Erzieher erwünscht die Pflicht, auf den Lesestoff der Jugend in erster Linie zu achten. ...

Feuilleton.

Gute und schlechte Bücher.

Von E. M. Arnold.

(Nachdruck verboten.)

Die ansteigende Kulturentwicklung hat in allen Klassen unseres Volkes einen wahren Bildungshunger hervorgerufen, der fortwährende Befriedigung erheischt. ...

Die Notwendigkeit, den Bücherkonsum der weniger bemittelten Klassen durch Verbilligung der Literatur zu heben, hat zur Schaffung sogenannter Volksbücher geführt. ...

Seit Professor Bods' Buch vom gefunden und verlorenen Menschen" vor mehr als einem Menschenalter seinen Siegeszug durch die Welt antrat, haben sich und nach Tausenden der verschiedensten populär-medizinischen Schriften die weiteste Verbreitung gefunden. ...

Ihnen an Wert überlegen sind zweifellos jene wohlfeilen Buchsammlungen, welche die Ergebnisse der Forscherarbeit auf Gebiete aus Gegenwart und Vergangenheit in gemeinverständlicher Darstellung einem unbefangenen Leserkreise vermitteln wollen. ...

So wäre wohl für Belehrung und edle Unterhaltung hinreichende Volksliteratur vorhanden; wenn sie nur auch von allen Kreisen fleißig benutzt werden wollte. ...

einmütig befreit ist. Am richtigen ist, daß zwischen Kaiser und Reichstagler überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Bismarck hatte bisher freie Hand und hat sie noch.

Die Bundesstaaten gegen das Steuerkompromiß.

Wie aus dem obigen berichtet wird, erklärte der Staatsminister Freiherr v. Godeffroy im hiesigen Landtage, daß die Staatsregierung gewillt sei, dem Steuerkompromiß entgegenzutreten:

Wenn ein solches Kompromiß Geheißkraft erlangte, würde der Bundesrat Stille finanziell zugrunde gehen. Der Minister sprach sich des weiteren klar gegen den Gedanken aus, daß man von Berlin aus den Bundesstaaten über die Art der Erhebung der Bundessteuern Direktiven geben wolle. Seiner Meinung nach werde man auf die Reichsversammlung zurückkommen müssen.

Der Protest der Berliner theologischen Fakultät.

Die Protesteingeabe gegen die Ernennung des Konstitutionsrats D. Mahling, welche die Berliner theologische Fakultät beschlossen hat, ist, wie wir hören, nunmehr ausgearbeitet und dem Ministerium übermittelte worden. (Ob sie noch irgend einen Erfolg haben wird, erscheint mehr als zweifelhaft.)

Städter und Tremel.

In der „Germania“ steht zu lesen: Die liberale Presse, die sich über den Fall Tremel so gewaltig aufregt, möchte wir an den Fall Städter erinnern. Der nicht verdienstlose Hofprediger Städter wurde auf die Wagenhöfen der Liberalen und Demokraten seinerzeit bekanntlich aus Amt und Würde gebracht, weil ein Geistlicher keine Politik treiben sollte. Die liberale Presse jubelte, als er gemahnt war. Der katholische Geistliche Tremel, dem die sogenannten liberalen Zeitungen sowie der Umgang mit liberalen Mannesleuten offenbar den Kopf etwas verdröhrt haben, wird in der liberalen Presse in den Himmel erhoben, weil er Politik und Agitation treibt. Man feiert die vorgelegte geistliche Behörde des Starrs Tremel und auch die kaiserliche Regierung wegen ihres Verhaltens, aber man freuzte Städter damals und lobte seine vorgelegte Behörde wegen der Entlassung. Das ist liberal.

Kann man sich eine tollere Verdröhung des Tatbestandes denken, als wie sie hier betrieben wird? Städter ist weder durch Mächtigkeiten der Liberalen und Demokraten aus Amt und Würde gebracht worden, noch handelt es sich bei seinem Abgang vom Hofpredigeramt um das Vorgehen einer furchtsamen Behörde gegen ihn, wie bei Pfarrer Tremel, weil er eine ihr nicht genehme Politik betrieb. Städter's Abtritt erfolgte auf Vorstellungen des Großherzogs von Baden, der es für unpassend hielt, daß der Berliner Hofprediger bei einem Aufenthalt in Karlsruhe die persönliche politische Stellung des Großherzogs kritisierte. Eine Kirchenbehörde griff überhaupt nicht ein. So weit könnte die „Germania“ doch wohl orientiert sein. Aber der ganze unsinnige Vergleich Tremels mit Städter verdröhrt ja auch nur die Hilflosigkeit der großen und kleinen Kaplantippen angesichts der rechtsverdröhenden, allen Staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten mißsprechenden Behandlung, die man innerhalb der römischen

Kirche anwendet, wenn ein Pfarrer sich nicht unter das Joch des Jentumsstoch beugt.

Die Reorganisation des Reichseisenbahnamtes.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Bekanntlich hat der Reichstag anlässlich der Beratung des Etats des Reichseisenbahnamtes eine Entschließung gefasst, durch die der Reichstagler erklart wird, durch organisatorische Veränderungen innerhalb des Reichseisenbahnamtes größere Ersparnisse zu erzielen. Im Budgetausschusse des Reichstages war nun ursprünglich geplant, dem Reichstag eine Resolution vorzuschlagen, die unter Abänderung des § 4 der Reichsverfassung die Aufhebung des selbständigen Reichseisenbahnamtes verlangte und dessen Vereinigung mit dem Reichspostamt vorschlug. Das Reichseisenbahnamte ist bekanntlich durch das Gesetz vom 27. Juni 1823 geschaffen worden und hat hauptsächlich die Bestimmung, die Aufsicht über das gesamte bundesstaatliche Eisenbahnwesen im Interesse der Sicherheit und des allgemeinen Verkehrs auszuüben. Zentrum, Freilinnige und Sozialdemokraten sind nun der Meinung, daß diese Aufgabe des Reichseisenbahnamtes durch die Verstaatlichung der Landesbahnen überflüssig geworden ist, vielmehr die Bundesstaaten die nötige Aufsicht nunmehr selbst ausführen können. Zur Ausübung der weiteren Tätigkeit des Reichseisenbahnamtes, die in der Vorbereitung des dem Bundesrat zuzulegenden Eisenbahnverordnungsrechtes besteht, ist nach Ansicht der genannten Parteien ein selbständiges Amt, dessen Erhaltung große Kosten verursacht, nicht mehr nötig, so daß aus Gründen der Ersparnis eine Vereinigung desselben mit einem anderen Reichsamte dringend wünschenswert wäre. Dieser Auffassung ist konservative und Nationalliberale entgegengetreten. Die dem Reichstage vorgelegene Entschließung ist ganz allgemein gehalten und bietet keine Handhabe dafür, nach welcher Richtung die Reorganisation des Reichseisenbahnamtes erfolgen soll.

Das weimarische Landtagswahlrecht.

Ist im dortigen Landtag Gegenstand außerordentlich lebhafter Debatten gewesen! Die Reaktionsäre sprachen sich für die Einführung eines Pluralwahlrechts aus, während der Vertreter der Freilinnigen das Prinzip des gleichen, allgemeinen, direkten Wahlrechts verfocht, sich aber bereit zeigte, im Ausnahmefall für das zunächst Erreichbare mitzuarbeiten. Die Nationalliberalen waren sich nicht einig, gaben aber, wie die „Kreuzzeitung“ mitteilt, ihren Entschluß zu erkennen, mit den Konfessionären zu einer Verständigung zu gelangen. Die Vorlage wurde an einen besonderen Ausschuss von neun Abgeordneten verwiesen.

Erziehungsfragen im hessischen Landtag.

In der gestrigen Schuldebatte des hessischen Landtages gab, wie aus Darmstadt gemeldet wird, die Regierung die günstigsten Erfahrungen zu, die mit der Zulassung der Mädchen in die höheren Schulen gemacht wurden. Ueber die Gefahren für die Jugend durch Schandlitzertatzen wurde in schärfster Weise gesprochen. Der Minister bezeugte diese traurigen Erscheinungen als Verdrehen an der Jugend und forderte vor allem die Eltern zur Mitarbeit an der Abwehr dieses Giftes auf. Der älteste Vorgesetzter der Schulpfänger wurde auch vom Regierungstisch als ein Unflug

bezeichnet. Eine Erhöhung der Schulgebühren für die höheren Schulen wurde von dem Haus Dehnbörstel.

Der Regierungspräsident von Schleswig.

von Delega-Konjunktur, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, in den nächsten Tagen seinen Urlaub beenden und seine Dienstgeschäfte wieder übernehmen? — Wie konnte man auch in Preußen einen anderen Ausgang der Affäre erwarten!

Die Pensionsversicherung der Privatangehörigen.

Die geplante Pensionsversicherung der Privatangehörigen wurde im Bundesrat Inhabere-Bereit einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Versammlung erklärte an, daß eine Altersversicherung dieser Angehörigen notwendig sei, man hielt aber die Denkschrift der Regierung für zu weitgehend, weil sie alle Privatangehörigen ohne Unterscheidung des Gehalts verpflichtend machen wolle. Das bedeute eine ungerechtfertigte Einschränkung der persönlichen Freiheit und bedeute den ersten Schritt zur allgemeinen Staatsbürgererziehung, gegen die man sich aus allgemeinen Gründen entschieden wenden müsse. Man forderte, daß die Verpflichtungspflicht sich auf die Angehörigen bis zu einem bestimmten Gehaltsgrade, etwa 3000 bis 4000 Mark, beschränke. Es sei auch wünschenswert, daß die neue Versicherung sich damit begnüge, einen Versicherungszwang auszusprechen, und Ersatzinstitution in weitestem Maße lasse. Es sei bei der Rücksicht auf das private Versicherungswesen erforderlich, um dessen Weiterentwicklung nicht hindern anzuhalten, sowie um die Kapitalbindende und einen gesunden Mittelstand erhaltende Lebensversicherung nicht zu schädigen.

Parlamentarisches.

Aus dem preussischen Landtage.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Herrenhauses am Mittwoch, den 17. März, lautet: Wahl eines Mitglieds zur Reichstags-Zentralkommission und eines Mitglieds zur Staatschuldenkommission, Beratung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung der aus dem Abgeordnetenhaus herübergenommenen Pfarret, Lehrer, Beamtenbefolgungen und Steuererlasse.

Parteinachrichten.

Merseburg, 13. März. Wie die „Händler“ in der Bundtagssitzung zeigte u. a. eine Verammlung des Bezirks Merseburg-Querfurt des Bundes der Landwirte, der am Mittwoch hier tagte. Ein Angehöriger derer u. a. Buttamer ging mit der Reichsfinanzreformvorlage und dem Liberalismus wild ins Gericht. Es verheißt sich von selbst, daß an der ersteren kaum ein, an der letzteren kein einziges gutes Haar gelassen wurde. Der Herr Rittermeister bezeichnete nach alter, aber durchaus nicht guter Sitte den Liberalismus als Vorfrucht der Sozialdemokratie und schloß seine auch sonst keine agrarischen Kraftausdrücke über die verhassten Liberalen aus. Von den Steuererlagen der Regierung fand fast keine einzige Gnade vor seinen Augen. Der Redner zeigte sich als in der Kultur soweit zurückgeblieben, daß er sogar Gas und elektrische Licht als Luxusartikel bezeichnete. Während er für eine Kohlensteuer (I) plädierte, verurteilte er natürlich die Nachschsteuer in Grund und Boden, indem er u. a. meinte,

Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Extra-Tage für Schneiderei

Magneta-Gürtelhaken	verstellbar, Etwa 45 Pf.	Schablonen	Jugendstil Etwa 10 Pf.	Druckknöpfe	gute Qualität Duzend 3 Pf.	Kragenzützen und Stäbe	28 Pf.
Kragenzützen	nach Ausmaß für jede Größe Paar 18 Pf.	Buchstaben	in Metallform Duz. 40 Pf.	Prims „Zukunft“	Druckknöpfe Duzend 15 u. 12 Pf.	Mull m. Federfischbein	Etwa 15 Pf.
Kragenzützen	mit Wachs- und St. mit-Verzierung Paar 40 Pf.	Monogramme	feinste Ausfüh. gestickt Duz. 65 Pf.	„Schwarzwaldsilde“	100 m Spule, Ia Qualität Schwarz und farbige, Spule 15 Pf.	Kragenzäbe	elastisch, nachgiebig, waschbar, Duzend 65 Pf.
Strumpfhalter	4 teilig, verbessert die Figur 75 Pf.	Wäschemedallien	für Batist-tücher Duz. 28 Pf.	Gütermann's	50 m Spule 8 Pf.	Phönix	glasell mit runden Ranten Duz. 30 Pf.
Strumpfhalter	„Tip-Top“ 2 teilig 70 Pf.	Soidenes Häkelgarn	für Krawatten und Gürtel, Knau 55 Pf.	Tallerverschluss	„Gla“ beste Qual. Etwa 14 Pf.	Miederband	Schwarz u. weiß, unentw. für Miederb. 6-8 cm We. 75, 00 45 Pf.
Strumpfhalter	letzte Neuheit 25 Pf.	Armbblätter	Sombodorz Paar 40, 30, 28 Pf.	Lüsterstoss	schön geschnitten und gefärbt Meter 16 Pf.	Strickbaumwolle	Qual. O echt bismantförm. Sage 19 Pf.
Wäschbandschlösser	mit Schieber Duzend 50 Pf.	Armbblätter	Rohinor Paar 50, 40, 32 Pf.	Verlängerungsborte	schwarz und farbige Meter 22 Pf.	Strickbaumwolle	O echt leberbraun Sage 20 Pf.
Wäschbandschlösser	weiß gefärbt Duzend 70 Pf.	Armbblätter	„Union“ Paar 40, 35, 30 Pf.	Sammetstoss	8 cm Breit mit besser Mohairborte Meter 40 Pf.	Strickbaumwolle	Wag. Bigog. II Sage 26 Pf.
Frisolothband	bester Ersatz für Seidenband, 20 We. Etwa 165 Pf.	Armbblätter	„Ganled“ Paar 1.10, 70 75 Pf.	Hornfischbein	hell 16-18 cm Duzend 22 16 Pf.	Strickbaumwolle	Wag. Bigog. I Sage 40 Pf.
		Gütermann's „Retormsilde“	Spule 26 Pf.	Naturfischbein	Duzend 12 und 9 Pf.	Strickbaumwolle	Ganna-Merino gross braun Sage 15 Pf.

Gingung der letzten Neuheiten in Gold- u. Silbertallen, Gold- u. Silber-Einsätzen, sonstartigen u. Plitter-Besätzen.

Hamburger Engros-lager Leopold

Nussbaum Halle a. S., Große Ulrichstraße 60/61. Unsere Auswahl in Tall- u. Spachtelstücken, Einsätzen u. Halsen, farbigen Tall-Einsätzen ist in dieser Saison hervorragend.

diese sei „ein bedenkliches Zeichen von Begriffsverwirrung für unsere Regierung, da sie den Landwirt rümpelt.“ Sie sei „widerfährig“ und eine „Engeilung schlimmster Sorte“, sowie eine „krasse Verhöhnung von deutscher Art und Sittlichkeit.“ Herr v. Ruffamer sieht also nicht zu wissen, daß die deutsche Art und Sittlichkeit schon seit langen Jahren in einigen deutschen Bundesstaaten auf diese Weise „verhöhnert“ wird. Auch mit allgemeiner Politik befaßte sich der Redakteur. Er verlangte in der Reichspolizei das Weiterbestehen des bisherigen persönlichen Regiments, bezog sich die Einführung der gleichen Wahl als „Tölpel“ und „Unaufrichtigkeit“. Sollten, wie in der letzten Thronrede angedeutet worden ist, von höchsten Stellen Veränderungen des preussischen Wahlrechts verlangt werden, so müsse der „Bund der Landwirte“ seine „Ansprüche des Königs getreulich Opposition werden, denn er könne niemals Veränderungen zustimmen. Das Dreiklassenwahlrecht sei gerecht und bringe den Willen der Wähler am besten zum Ausdruck. Das Reichstagswahlrecht ist ungesund, denn es sichere dem Reichsanwalt und jedem bescheidenen „Eigentümer“ den gleichen Einfluß zu. In dieser Tonart ging es weiter. — Das muß in der Tat eine sonderbar-bühnenhafte Gliederanordnung gewesen sein!

Allgemeine Mitteilungen.

— Das Tempelhofer Feld und die Stadt Berlin. Das Kriegsministerium gab in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags die Erklärung ab, daß es geneigt sei, das Tempelhofer Feld zu veräußern. — Die gegen die Posener städtischen Beamten geübte Wahlkontrolle anlässlich der vorjährigen Stadtverordnetenwahlen ist, wie Oberbürgermeister Dr. Wilms in der Stadtverordnetenversammlung mitteilte, nicht von ihm ausgegangen, sondern von einer anderen Stelle, einer Verwaltung außerhalb der Stadt. — (Warum nennt der Oberbürgermeister die andere Stelle nicht?) — Die Stadtverordnetenversammlung von Breslau hat eine Erhöhung der Schulgelder in den höheren städtischen Lehranstalten beschlossen. Das Schulgeld beläuft sich danach bei den Gymnasien u. s. w. für Einheimische auf 120 Mark, für Auswärtige auf 180 Mark, bei den Realschulen auf 120 Mark bezw. 160 Mark in den Hauptklassen. In den Vor- und Mittelklassen ist der Satz entsprechend niedriger. — Die Stadtverordnetenversammlung von Darmstadt stimmte der Vorlage auf Einführung einer Verbrauchssteuer einstimmig zu. Die angenommene Steuer beginnt mit einer Befreiung von 10 Proz. bei einem Wertzuwachs von mehr als 20 Proz. und steigt um je 5 Proz. bis zu der gesetzlich vorgegebenen Steuer von 30 Proz. bei einem Wertzuwachs von mehr als 80 Proz. Die Steuer tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

12. Sitzung vom 12. März.

(Fortsetzung.)

Beim Titel „Jagdeinnahmen“ findet eine Aussprache über Jagdpachtverträge statt.

Abg. Büchtemann (fr. Wp.):

Nach der Aufzählung der Oberförster sind ihre Nebeneinnahmen aus der Jagdnutzung überflüssig. Aus der Verpachtung der fiskalischen Jagden kann der Fiskus große Erlöse erzielen. Den Oberförstern sollte man zur Befriedigung ihrer Jagdlust die kleinen Forsten überlassen. (Heiterer Beifall.)

Abg. v. Kloeden (S. d. L.):

zuerst auf die niedrigen Erträge aus den fiskalischen Jagden im Westen.

Abg. Borgmann (Soz.):

tritt für Verpachtung der fiskalischen Jagden ein. Der jetzige Zustand ermöglicht nur den höheren Forstbeamten die Ausübung des Jagdports auf Kosten des Staates. Der Förster hat nichts davon, er ist nur verpflichtet, sich von Wilddieben tödlich zu lassen. (Lachen rechts.) Der ungewohnt schädliche starke Wildstand muß verringert werden. In Bayern werden die Staatsforsten

schon jetzt verpachtet. Wenn die Oberförster wegen des Verlustes der Nebeneinnahme ihre Berufspflicht verlieren, dann soll sie der Teufel holen! (Lachen rechts; Beifall links.)

Abg. v. Stöckhausen (konf.):

Wir versprechen uns keine hohen Erträge aus der Verpachtung der Staatsjagden. Das angebotene Angebot müßte die Pachtpreise erheblich drücken. Gegen den Wildstand muß administrativ vorgegangen werden.

Minister v. Arnim:

Die Forstbeamten denken anders, als Herr Borgmann ihnen nachsagt. Mit aller Energie bin ich gegen die Verpachtung der fiskalischen Jagden an Private. Auch die Erfahrungen in anderen Ländern sprechen dagegen. Die Pachteinnahme würde auch nicht groß sein, da im Osten, wo der größte Teil der Staatsforsten liegt, hohe Jagdpachtpreise schon heute nicht üblich sind. Dafür hätten wir nur noch Nachteile: das Interesse der Jagden und Forsten würde nicht geschützt. Wie in Baden würde auch bei uns der Wildstand erst gesunken und dann kurz vor Ablauf des Pachtvertrages erkrankungslos abgeschossen werden. Haben verpachtet, deshalb auch nicht mehr. Persönliche Einkünfte des Forstpersonals mit den Pächtern wären dann nicht zu vermeiden. Wir würden mit der Verpachtung der Staatsforsten auch die Pachtpreise der Gemeindegeldigen drücken und den Förstern ein wirtschames Regime entziehen. Für das Forstpersonal wäre es niederdrückend, wenn die Jagd in anderen Händen läge. Das Jagdrecht der Forstbeamten ist auch eine Entschädigung für die Abgesessenheit und die Unbequemlichkeiten ihres Lebens. (Lachen, Beifall rechts.)

Abg. v. Wiersdorff (nl.):

stimmt dem Minister zu.

Abg. Fischek (fr. Wp.):

Im allgemeinen kann ich einen Vorteil für die Forstwirtschaft und die Gesamtwirtschaft des Landes in einer Verpachtung der fiskalischen Jagden nicht erblicken. Doch schadet es nichts, wenn einmal eine fiskalische Jagd verpachtet wird. Die Berufspflicht der Forstbeamten würde in der Tat leiden, wenn man ihnen die Jagd nimmt. Ein Oberförster, der nur um die Holzpreise sich kümmert, der bleibt am besten draußen. (Beif. Zustimmung.)

Abg. Weigermert (konf.):

Mit den Nebeneinnahmen der Oberförster aus der Jagdnutzung ist es nicht weit her. Sie haben auch Nebenausgaben für die Wildpflege. Es muß vermieden werden, daß der Oberförster in dem hohen nur ein laienhaftes Dreimarkstück sieht. (Große Heiterkeit.) Der alte Jägerruf heißt immer noch: Weidmannsheil, nicht: Kuhholzhell! (Heiterkeit.)

Die Einnahmen werden bewilligt. Bei den dauernden Ausgaben treten die Abg. Busch (Ztr.), Frhr. v. Wolff-Metternich (Ztr.) für die Aufrechterhaltung des Jagdrechts der Förster, für die Interessen der Forstaufsicht und der Sekretäre der Oberförster ein.

Abg. Heine (nl.):

wünscht weitere Beihilfen zu forstlichen Wege- und Brückenbauten in Hannover.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr: Weiterberatung, kleinere Vorlagen, Anträge. Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Die österreichisch-serbische Krisis.

Der „Post-Club“ beurteilt heute die Situation der serbischen Krisis wieder sehr ernst und bemerkt bei der Besprechung der serbischen Zirkularnote, daß die verblühten und doppelzüngigen Äußerungen der serbischen Regierung absolut nicht im Einklang mit den unerrückbaren Anschauungen des Wiener Kabinetts stehen. — Aus politischen Kreisen verlautet, daß ein abermaliger, aber viel ernster Schritt des österreichischen Gesandten in Belgrad, des Grafen Jorgasich, zu erwarten ist, falls Serbien bis Montag den Wünschen Oesterreich-Ungarns nicht nachkommt. — Ferner wird dem „Tag“ telegraphiert: Belgrad, 12. März. Der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Jorgasich besuchte den Minister des Äußeren Milomanowitsch und befragte ihn, was die serbische Regierung

veranlaßt habe, das dritte Aufgebot zur einjährigen Waffenübung einzuberufen. Milomanowitsch gab eine ausweichende Antwort; er bemerkte, die Einberufung habe keinen aggressiven Charakter Oesterreich-Ungarn gegenüber.

Wien, 13. März. Wie aus Lemberg gemeldet wird, ist an die russisch-galizischen Grenzbezirke die neue Ordre de bataille vom Militärbezirk Kiew ausgegeben worden. Zahlreiche Kavallerieregimenter befinden sich in Vorkamp. Bei Prostrum dauert die Konzentration von Infanterie fort.

Rußland, der Urheber der österreichisch-serbischen Streitigkeiten.

Wien, 13. März. Wie dem „Neuen Wiener Tagblatt“ authentisch gemeldet wird, hat Rußland 1905 kein Abkühlung des Handelsvertrages mit Ungarn die Bestimmung aufgestellt, daß Serbien die Grenzleistungen entgegen zu werden. Der Anfang der Differenzen zwischen Oesterreich und Serbien geht also auf einen wirtschaftspolitischen Streich zurück, den Rußland seinem serbischen Bruder verjagt hat.

Zumutungen im österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, 13. März. Im Abgeordnetenhause kam gestern der Dringlichkeitsantrag K. Lofac betr. die gegen zahlreiche Tischein eingeleitete Unterdrückung wegen staatsfeindlicher Umtriebe und wegen Verwendungs des Angestellten der Staatspolizei Maschek als Agent und Propagandist zur Beratung. Der Minister des Innern erklärte, daß weder Maschek noch andere Personen als Agenten und Propagandisten verwendet worden seien. Die Tischein K. Raditsch drangen nach dieser Aufklärung unter müßem Geheiß gegen die Ministerbank vor, welche die Deutschen, die einen Angriff auf die Minister beabsichtigten, umstellt hatten. Als die Tischein-Rabakten nicht wichen, kam es zu erregten Szenen und gefährdrohenden Auseinandersetzungen. Dem Ministerpräsidenten gelang es jedoch schließlich, die Ruhe wieder herzustellen, so daß die Sitzung fortgesetzt werden konnte.

KonzeSSIONen im französischen Ministerkretel.

Paris, 13. März. Gestern abend wurde in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die Entschlüsse über die Marine, sowie die augenblickliche Finanzschwäche auf die Entschlüsse der Ressortminister hinsichtlich der Marineforderungen eingewirkt haben. Die Minister der Marine und der Finanzen sollen sich gegenseitig wichtige KonzeSSIONen gemacht haben. Der Finanzminister beabsichtigt, über seine Stellungnahme am Donnerstag in dem Ausdau, der beauftragt ist, die Kontrollpläne der verschiedenen Verwaltungszweige zu vereinfachen, Mitteilungen zu machen.

Demonstrationen französischer Postbeamten.

Paris, 13. März. Die Postbeamten ließen sich gestern abend zu heftigen Kundgebungen hinreißen. Sie zogen vor das Telegraphenamt und erzwangen die Zuweisung zu dem Generaldirektor. Die Polizei mußte energisch einschreiten, infolge des entstandenen Tumults befaß der Polizeipräsident ernste Strafmaßnahmen.

Krieg in Mittelamerika.

Wie in Mexiko verlautet, ist zwischen Nicaragua und El Salvador Krieg ausgebrochen. Zwischen dem saladorischen Kanonenboot „Presidente“ und dem nicaraguanischen Kanonenboot „Momoombi“ soll es zu einem Zusammenstoß gekommen sein.

Ob von Washington und Mexiko aus mit Erfolg vermittelnd eingegriffen werden kann, muß nach den Erfahrungen des Jahres 1907 und trotz der Gründung des amerikanischen Schiedsgerichts Hofes als sehr zweifelhaft angesehen werden.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Edwin Alexander-Rag; für den Inletentell: Friedrich Endruhat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Neue Kleiderstoffe.

<p>Reinwollene Cheviots einfarbig, Bandstreifen und Chevronmuster Meter 250 495 465 445 415 95 75 Pf.</p>	<p>Cachemire-Directoire letzte Neuheit, reinwollene Gewebe Meter 375 350 300 290 265 235</p>	<p>Coteline ripsartiges Gewebe für Kleider und Kostüme Meter 375 350 300 275 250 225</p>	<p>Modellhüten und der bevorzugtesten Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten in feinstem</p>
<p>Diagonal-Gewebe vorzügliche Qualität, in nur modernen Farben Meter 250 290 475 450 425 95 85 Pf.</p>	<p>Traver-Gewebe apartes, reinwollenes Promenadenkleid Meter 375 350 325 300 275 250</p>	<p>Bordüren u. Bajadieren in nur neuen Geweben und modernen Farben Meter 375 350 325 300 275 250</p>	<p>Damenputz und</p>
<p>Reinwollene Satintuche einfarbig und Streifen in allen Farbtönen. Meter 325 275 225 495 465 445 425</p>	<p>Reinwoll. Popeline in effektvollen neuen Farbtönen Meter 350 325 300 275 265 250</p>	<p>Eolienne Wolle mit Seide, neue Dessins, 110 cm breit Meter 550 500 450 375 325 285</p>	<p>Weisswaren.</p>

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

